

Demokratie zwischen Opposition und Herrschaftskritik

Auch wenn sich die seit etwa zehn Jahren geführte Debatte um »Postdemokratie« in erster Linie auf Colin Crouchs (dt. 2008) zeitdiagnostischen Essay bezieht, sind nicht alle diskutierten Topoi gänzlich neu. Der Ursprung des Begriffs liegt in den frühen 1990er Jahren, in denen der französische Philosoph Jacques Rancière (dt. 2010) einen Kontrapunkt zum allseitigen Freudentaumel über den Sieg der »westlichen Demokratie« gegen die »östlich-sozialistische Autokratie« setzte. Die Frage nach der Spezifik der Postdemokratiediagnose impliziert zudem die Frage nach ihrem Verhältnis zu klassischen Formen der Demokratiekritik. Schon deshalb lohnt es die historischen Bedingungen zu rekonstruieren, unter denen ›Demokratie‹ seit der griechischen Antike gefordert, erstritten, bekämpft, definiert und immer wieder umdefiniert wurde¹. Die historische Beschäftigung mit dem Kampfplatz ›Demokratie‹ lenkt den Blick auf jene unaufgehobenen Strukturkonflikte moderner Gesellschaften, die verantwortlich dafür sind, dass das demokratische Projekt in jeder seiner Phasen ein unabgeschlossenes Unterfangen geblieben ist.

Zur Demokratie in Athen

Von alters her weist der Begriff ›Demokratie‹ eine doppelte Bedeutung auf: als Programm- und Kampfbegriff politischer Bewegungen, die die Herrschaft privilegierter sozialer Gruppen (Adel und Klerus) frontal angriffen, und als Bezeichnung für politische Systeme. In der griechischen Antike verwiesen beide Bedeutungsebenen noch auf einen spezifischen *sozialen* Gehalt: Demokratie bezeichnete die Herrschaft (kratos) des einfachen Volkes (demos). Nur der ›Zufall‹, dass unter den freien Männern die Angehörigen des demos die grösste Gruppe waren, führte dazu, dass die Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip zum bevorzugten Mittel demokratischer Ordnung wurde. Aristoteles kann daher noch an eine selbstverständliche Intuition appellieren, wenn er gegen eine – offensichtlich bereits in der Antike um sich greifende – Verwechslung von Demokratie und Mehrheitsprinzip argumentiert: »Denn wenn ihrer aller tausenddreihundert, und von ihnen die tausend reich wären und die dreihundert

David Salomon

Prof. Dr. David Salomon arbeitet am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Demokratietheorie, Politische Bildung und Politische Ästhetik.



Armen, obwohl sie Freie und ihnen sonst gleich wären, nicht mitregieren liessen, so würde wohl niemand bei ihnen von einer demokratischen Herrschaft sprechen. Und ebensowenig würde man, wenn der Armen wenige, sie aber gegenüber der begüterten Majorität die Stärkeren wären, einen solchen Staat als eine Oligarchie bezeichnen, wenn die anderen, Reichen an den Ehrenämtern keinen Anteil hätten« (Aristoteles 1995, S. 129).

Diesem sozialen Gehalt der Demokratie als Herrschaft der Armen ist geschuldet, dass bereits die antiken Klassiker zahlreiche der Argumentationselemente einer konservativen Demokratiekritik ausformulierten, die bis weit in die Moderne wirksam waren. Demzufolge neige die zügellose Masse der Habenichtse dazu, alle Tugend zu negieren und schliesslich die Grundlagen der Demokratie als Ordnung selbst zu ruinieren. So gehe, wie etwa Platon betont, »die Tyrannis aus keiner anderen Staatsverfassung hervor als aus der Demokratie, aus der zur höchsten Spitze getriebenen Freiheit die grösste und drückendste Knechtschaft« (Platon 2001, S. 321). Präfiguriert wird hier die Rede von einer »kindliche[n] Menge«, die dringend einen Vormund benötigt (Losurdo 2008, S. 69).

Folgt man Ellen Meiksins Wood in ihrer Argumentation, so liegt der Schlüssel zum Verständnis attischer Demokratie und antiker Demokratiekritik in der Stellung der freien Arbeit, die für die Ökonomie des alten Athen bedeutsamer gewesen sei als die Sklaverei (Wood 2010, S. 185). Indem zudem keine Trennung zwischen ökonomischer und politischer Herrschaftssphäre bestanden habe, sei unter demokratischen Bedingungen der Einfluss der Produzenten auf die Produkte ihrer Arbeit selbst gegeben gewesen: »Politische Gleichheit existierte nicht nur neben sozioökonomischer Ungleichheit, sondern modifizierte sie auch; Demokratie war eher inhaltlich als ›formal‹« (Wood 2010, S. 205).

Demokratie und Klassenherrschaft

Erst im Kontext der modernen bürgerlichen Gesellschaft führte die Doppelbedeutung des Demokratiebegriffs zum Gegensatz zweier konkurrierender Demokratiemodelle: Wo das eine die Reichweite des demokratischen Gestaltungsprinzips auf den politischen Bereich zu begrenzen versuchte, orientierte sich das andere darüber hinaus auf die Demokratisierung der Gesellschaft – insbesondere der Wirtschaft. Eine liberale, formale oder bloss politische Variante der Demokratie stand nun einer sozialen, inhaltlichen oder substanziellen Forderung nach weitergehender Demokratisierung gegenüber. Einerseits konnte bürgerlich-liberale Demokratie als Stützung und Absicherung der im ökonomischen



Bereich generierten Herrschaft fungieren (siehe dazu etwa Lenin 1960ff, S. 405), andererseits bewahrte der Demokratiebegriff zugleich ein subversives Element, wenn eine weitergehende, die liberale Beschränkung durchbrechende Demokratisierung der Wirtschaft gefordert werden konnte (dazu z.B. Abendroth 2006ff., S. 416).

Eine systemische Voraussetzung für das Auseinanderdriften von liberalem und sozialem Demokratieverständnis ist – wie Wood betont – die Aufhebung der für antike und mittelalterliche Verhältnisse konstitutiven Einheit von politischer und ökonomischer Herrschaft, wie sie sich in der Periode der Entstehung und Entwicklung bürgerlicher Gesellschaft durch die Ausdifferenzierung von modernem Staat und kapitalistischer Ökonomie vollzog: »Nur im Kapitalismus ist es möglich geworden, die Eigentumsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit intakt zu lassen, während die Demokratisierung der bürgerlichen und politischen Rechte zugelassen wurde« (Wood 2010, S. 206). Wie Wood jedoch zu Recht betont, ist die Analyse dieser notwendigen Bedingungen noch keine hinreichende Erklärung für die tatsächliche Geschichtswirksamkeit der Verdoppelung des Demokratiebegriffs. Zum Medium, in dem sich – nicht ohne »Rückfälle« in klassische (monarchisch-legitimistische) und neue (bonapartistische) Formen autoritärer Herrschaft – der Gegensatz zwischen den Demokratiekonzepten zur bestimmenden politischen Auseinandersetzung bürgerlicher Vergesellschaftung entwickelte, wurden die Revolutionen zwischen den 70er Jahren des 18. und des 19. Jahrhunderts.

Im Kontext der US-amerikanischen Verfassungsdebatte in den 80er Jahren des 18. Jahrhundert wurde das Gedankenspiel einer liberalen Demokratie erstmals zum politischen Programm. Zentral ist dabei, dass die Autoren der berühmten »Federalist Papers«, die in einer Formulierung Woods zu den Urhebern der »amerikanische Neudefinition der Demokratie« (Wood 2010, S. 215) wurden, keineswegs das waren, was man in der Debatte der Zeit gemeinhin als Demokraten benannt oder beschimpft hätte: »Das föderalistische Ideal war vielleicht die Schaffung einer Reichtum und republikanische Tugend verbindenden Aristokratie (ein Ideal, das zwangsläufig zur Herrschaft des Reichtums und nur des Reichtums geführt hätte), ihr praktisches Ziel war jedoch, eine besitzende Oligarchie mit der Unterstützung der Masse der Bevölkerung über Wahlen an der Macht zu halten« (Wood 2010, S. 217). Zu sehr waren »die Massen« im Kontext der Revolution in Bewegung gesetzt, zu sehr waren sie mit dem Versprechen realer Selbst- und Mitbestimmung mobilisiert worden, als dass sie die Herrschaft einer neuen (Geld-)Aristokratie hingenommen hätten. Das liberale Bürgertum stand so vor der Heraus-



forderung, der demokratischen Massenstimmung ein Zugeständnis zu machen und dabei doch seine Herrschaft zu konsolidieren. Das Konzept einer liberalen Demokratie wurde somit in dem Moment ›geboren‹, in dem das liberalen Bürgertum keinen anderen Weg zur Abwehr demokratischer Forderungen mehr sah, als selbst ›demokratisch‹ zu werden und damit die Gestaltungshoheit über die Grenzen der Demokratisierung zu behalten. Schaut man in die Geschichte der Demokratie, so lässt sich sogar feststellen, dass diese Form einer »defensiven Demokratisierung« (Robinson 1998) eher die Regel als die Ausnahme ist.

So bedeutend die US-amerikanische Revolution für die Geschichte der Demokratie ist, so sehr erscheint sie dennoch als blosser Prolog zu jenen Umwälzungen, die – von 1789 ausgehend – die sozialen und politischen Verhältnisse in Europa grundlegend veränderten. Hatten die revolutionären Ereignisse im England des 17. Jahrhunderts noch in einen historischen Kompromiss zwischen Monarchie, Feudaladel und aufstrebendem Grossbürgertum gemündet, so gilt die Grosse Französische Revolution zu Recht nicht allein als Revolution des Bürgertums, sondern als »Geburt der bürgerlichen Gesellschaft« (Hartig 1979). Ihre Bedeutung als klassische Interpretationsfolie neuzeitlicher Revolutionen überhaupt fällt der Französischen Revolution nicht zuletzt auch deshalb zu, weil ihre Phasen einer Logik sukzessiver Radikalisierung und Erweiterung des Gestaltungsanspruchs folgten (Brinton 1959). Dabei enthält sie in verdichteter Form die historischen Optionen bürgerlicher Revolution: vom englischen Kompromissmodell in der Verfassung von 1791 über ein girondistisches Programm, das durchaus Ähnlichkeiten zum amerikanischen Modell aufweist, bis hin zu einer weit über liberaldemokratische Forderungen hinausreichenden Programmatik offensiver Demokratisierung in der jakobinischen Verfassung von 1793. Deren zentraler Makel bestand freilich darin, dass sie nie in Kraft trat (Salomon 2012, S. 43–58).

Die Grosse Französische Revolution präfigurierte so die politische Konstellation, in der sich das gesamte 19. Jahrhundert bewegte. Während Frankreich in periodischen Abständen (1830, 1848, 1871) revolutionäre Erhebungen erlebte, wurde England zum klassischen Mutterland der Industrialisierung. Für die Dynamik, die der Streit zwischen divergierenden Demokratiekonzepten bei gleichzeitig virulent bleibender Frontstellung gegen die »Mächte des alten Europas« entwickelte, sind beide Schauplätze von zentraler Bedeutung. Denn auch wenn das jakobinische Erbe zu einer wichtigen Säule des Frühsozialismus wurde, so war es doch die industrielle Revolution in England, in deren Kontext die Industrierarbeiterschaft als Klasse Kontur gewann. Der Diktatur der



Bourgeoisie in ihren unterschiedlichen, offen autoritären oder liberaldemokratischen Herrschaftssystemen wurde nun mit der Forderung nach einer »Diktatur des Proletariats« europaweit zunehmend ein Programm radikaler Demokratisierung von unten entgegengesetzt. Die sozialreformerischen Zugeständnisse, die noch im 19. Jahrhunderts der Arbeiterbewegung gemacht wurden, lassen sich durchaus als Varianten defensiver Demokratisierung deuten. Wie sehr zumindest die Wählerschaft der deutschen Sozialdemokratie die materiellen Verbesserungen – allen Intentionen Bismarcks zuwiderlaufend – als Erfolge der kriminalisierten SPD deutete, zeigt der Zuspruch, den die Partei noch während der Geltung und vor allem nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes erfuhr. Nicht wenige Sozialisten schauten zuversichtlich auf das kommende 20. Jahrhundert als das anbrechende Jahrhundert des Sozialismus und der unaufhaltsamen proletarischen Demokratie.

Bekanntlich kam es anders: Der Beginn des Ersten Weltkriegs, in dem sich grosse Teile der sozialistischen Parteien in die nationale Phalanx ihrer bürgerlichen Regierungen einreihen, wurde zur Stunde des Versagens der europäischen Arbeiterbewegung und führte innerhalb weniger Jahre zu ihrer Spaltung. Weder als quasi evolutionärer Prozess über den Stimmzettel noch als proletarische Machtübernahme auf der Basis entwickelter Produktivkräfte, sondern in der extremen Ausnahmesituation eines Weltkriegs erlebte der Sozialismus seine Wiedergeburt. Der britische Historiker Eric Hobsbawm nennt folgerichtig die Welle von revolutionären Erhebungen in der Endphase des Ersten Weltkriegs »das Kriegskind des zwanzigsten Jahrhunderts« (Hobsbawm 2002, S. 78). Zur ersten Hypothek der sozialistischen Revolution wurde, dass sie nur im Osten, im politisch und ökonomisch rückständigen Russland, erfolgreich war, ein Umstand, der in der Folge zum Programm eines »Sozialismus in einem Land« führte, das in der Stalin-Ära ein mit äusserst terroristischen Mitteln verfolgtes Konzept der industriellen Modernisierung einschloss. Als zweite Hypothek erwies sich schliesslich, dass das sozialistische Weltsystem sich schon bald nach dem Sieg der Alliierten über den Faschismus in einen Kalten Krieg verstrickt fand, der die Frage Sozialismus oder Kapitalismus weniger als gesellschafts- und wirtschaftspolitische Streitfrage innerhalb bürgerlicher Gesellschaften denn als aussenpolitischen Gegensatz erscheinen liess. Insbesondere in dieser Phase gelang es den bürgerlichen, liberaldemokratisch dominierten Staaten »des Westens«, den Begriff der Demokratie für sich zu okkupieren.

Gleichwohl war es nach 1945 nicht möglich, »rein« liberaldemokratische Regime aufrechtzuerhalten oder neu zu etablieren. Zum einen ist



es der Existenz einer sozialistischen Systemalternative geschuldet, dass die Nachkriegszeit – nicht nur in Europa – mit der Etablierung unterschiedlicher Modelle von Sozialstaatlichkeit zu einer erneuten Periode der defensiven Demokratisierung wurde. Ein weiterer Grund war die zumindest anfänglich gegebene Diskreditierung jener Kapitalkonglomerate, die in Deutschland und Italien eine entscheidende Stütze der faschistischen Regime waren, und der westlich-liberaldemokratischen Regime, die im Münchner Abkommen von 1938 bereit gewesen waren, zu tolerieren, dass Hitler-Deutschland die Tschechoslowakei zerschlug. Zudem wurde es nach 1945 möglich, ein ›fordistisches‹ Wachstumsmodell zu etablieren, das wesentlich auf Massenkonsum beruhte und somit starke Gewerkschaften im Kontext korporatistischer Aushandlungsprozesse zwischen Kapital und Arbeit funktional integrieren konnte. So wurde es möglich, zum Teil recht weitgehende Elemente sozialer Demokratie in weiterhin dominant liberaldemokratischen Systemen zu akzeptieren.

Postdemokratie: Der vereinsamte Liberalismus

Die Prozesse, die Colin Crouch und Jacques Rancière als Tendenz zur Postdemokratie beschreiben, setzen mit der sukzessiven Auflösung der politökonomischen Nachkriegsordnung seit der Weltwirtschaftskrise von 1973 ein, die Hobsbawm den »Erdrutsch« nennt (Hobsbawm 2002, S. 501). Zu Recht betont insbesondere Crouch den Zusammenhang zwischen dem Siegeszug des Neoliberalismus in den 1980er Jahren und der Krise, in der die klassische Trägerklasse der Forderung nach sozialer Demokratie, die Industriearbeiterschaft, zunehmend geriet (Crouch 2008, S. 73–74). In den folgenden Jahren wurden nicht nur Grossbritannien unter Thatcher und die USA unter Reagan zu Schauplätzen des Abbaus von Sozialstaatlichkeit, Privatisierungen öffentlichen Eigentums, Kommodifizierung und Inwertsetzung immer neuer Lebensbereiche. So genannte »Reformen« im Interesse kapitalistischer Wirtschaftsmacht flankierten in allen industriellen Zentren des Westens (und nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus auch des europäischen Ostens) den Weg vom Fordismus in den »Finanzmarktkapitalismus« (Windolf 2005). Auf die Periode defensiver sozialer Demokratisierung in der Nachkriegszeit folgte nun eine Phase der offensiven Entdemokratisierung, die im Licht des Übergangs zum »Konsolidierungsstaat« (Streck 2013, S. 141) derzeit noch verschärft wird.

Eine Kritik, der der Begriff ›Postdemokratie‹ immer wieder ausgesetzt ist, ist freilich kaum von der Hand zu weisen. Tatsächlich droht die Diagnose einer nun anbrechenden Zeit *nach* der Demokratie die westeu-



ropäischen und US-amerikanische Nachkriegszeit zu überschätzen, ja zu verklären (Merkel 2011; Sauer 2011). Im Koordinatensystem von sozialer und liberaler Demokratie auf der einen, offensiver und defensiver Demokratisierung auf der anderen Seite, wird der Begriff ›Postdemokratie‹ jedoch in einer anderen Akzentuierung durchaus plausibel. Tatsächlich war der Ruf nach einer sozialen Demokratie, nach einer über das politische System hinausweisenden Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in den vergangenen 150 Jahren selten so schwach wie heute. »Postdemokratie« verweist somit weniger zurück auf einen idealisierten »Augenblick der Demokratie« (Crouch 2008, S. 14), sondern diagnostiziert eine Stillstellung des Konflikts *um die Demokratie*. Der Begriff bezeichnet somit einen vereinsamten Liberalismus, der sich nicht mehr gezwungen sieht, Rücksicht auf weitergehende Demokratisierungsforderungen zu nehmen, und der zunehmend seine eigenen Legitimitätsressourcen aufzehrt. Ob die Zukunft eine Verstetigung der vereinsamten Liberaldemokratie, einen neuen offenen Autoritarismus oder eine Revitalisierung der Forderungen nach einer sozialen Demokratie bringen wird, ist offen. Letztlich ist dies eine jener Fragen, die nicht theoretisch oder historisch, sondern nur praktisch-politisch beantwortet werden können.



Anmerkung

- 1 Schon in den 1990er Jahren legten der italienische Philosoph und Historiker Domenico Losurdo (dt. 2008) und die britische Historikerin Ellen Meiksins Wood (dt. 2010) Meilensteine einer kritischen Historiographie der Demokratie vor. In den 2000er Jahren folgte Luciano Canforas vieldiskutierte »Kurze Geschichte der Demokratie« (Canfora 2006/2007). Alle diese Werke haben gemein, dass sie detailreich nachzeichnen, wie Begriff und Gehalt des Demokratischen seit frühester Zeit umkämpft waren.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang: Demokratie als Institution und Aufgabe. In: Wolfgang Abendroth: Gesammelte Schriften, Bd. 2, herausgegeben von Michael Buckmiller. Offizin, Hannover, 2006ff. S. 407–416.
- Aristoteles: Politie. In: Aristoteles: Philosophische Schriften, Bd. 3. Meiner, Hamburg, 1995.
- Brinton, Crane: Die Revolution und ihre Gesetze. Nest, Frankfurt a.M., 1959.
- Canfora, Luciano: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union. PapyRossa, Köln, 2006/07.
- Crouch, Colin: Postdemokratie. Deutsche Erstausgabe. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2008 (edition suhrkamp, 2540).
- Hartig, I.A. (Hg.): Geburt der bürgerlichen Gesellschaft: 1789. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1979.
- Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. dtv, München, 2002.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Staat und Revolution – Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben der proletarischen Revolution. In: Wladimir Iljitsch Lenin: Werke, Bd. 25. Dietz, Berlin, 1960ff. S. 393–507.
- Losurdo, Domenico: Demokratie oder Bonapartismus. Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts. PapyRossa, Köln, 2008.
- Merkel, Wolfgang: Volksabstimmungen: Illusion und Realität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61 (44–45, 31.10.2011), S. 47–55.
- Platon: Der Staat (Politeia). In: Platon: Sämtliche Werke, Bd. 2. Lizenzausgabe des Fourier-Verlags, Wiesbaden, herausgegeben von Erich Loewenthal. Schneider, Heidelberg, 2001. S. 5–408.
- Rancière, Jacques: Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain; Rancière, Jacques: Politik der Wahrheit. 2. durchgesehene Auflage, herausgegeben von Rado Riha. Turia & Kant, Berlin, Wien, 2010. S. 119–156.
- Robinson, Glenn E. (1998): Defensive Democratisation in Jordan. In: International Journal of Middle East Studies 30 (3). S. 387–410.
- Salomon, David: Demokratie. PapyRossa, Köln, 2012.
- Sauer, Birgit: Die Allgegenwart der »Androkratie«: feministische Anmerkungen zur »Postdemokratie«. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61 (1–2, 3.1.2011). S. 31–36.
- Streeck, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Suhrkamp, Berlin, 2013 (Frankfurter Adorno-Vorlesungen, 2012).
- Windolf, Paul: Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus? In: Windolf, Paul (Hg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2005 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft, 45). S. 20–57.
- Wood, Ellen Meiksins: Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus. Deutsche Erstausgabe. ISP, Köln, Karlsruhe, 2010.